

Alle Werthehalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Dresden die Expedition der Breslauer Zeitung, Perrenstraße Nr. 20. Inserions-Gebühr für den Raum einer sechsstelligen Petitzeile 1 1/2 Sgr.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau 1 Rthl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rthl. 25 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwei letzten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

N^o 68.

Sonntag den 9. März

1851.

Telegraphische Nachrichten.

Kassel, 7. März, Nachmittags 1 Uhr 30 Minuten. Heute in den ersten Morgenstunden sind die beiden Mitglieder des bleibenden Ausschusses Obergerichtsanwalt Schwarzenberg und Obergerichtsanwalt Henschel verhaftet worden.

Paris, 6. März, Abends 8 Uhr. Umlaufende Gerüchte nennen Odilon Barrot als Chef eines bevorstehenden parlamentarischen Ministeriums. — Die Ernennung Dubouche zum Marschall wird erwartet. Die Kommission zur Prüfung der Verwaltungsmassregeln beschränkt die Ernennung der Präfecten durch die Exekutivgewalt auf den Vorschlag der Generalräthe.

Liverpool, 5. März. 240 deterrirt gewesene Ungarn sind aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Madrid, 1. März. Man nennt Doyoso Cortez als künftigen Gesandten in Paris.

Stettin, 7. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen pr. Frühjahr 31 Brief, pr. Juni 32 Gld. — Rüböl 10, pr. Herbst 10 1/2 Brief. — Spiritus 24, pr. Frühjahr 23 1/2 Gld.

Frankfurt a. M., 7. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 40 1/2.

Paris, 6. März, Nachmittags 5 Uhr. 3pSt. 57, 80, 5pSt. 96, 70.
(Die heut fällige Depesche aus Hamburg ist wegen gestörter Linie nicht eingetroffen.) (Berl. Bl.)

** Telegraphische Depesche.

Natibor, 6. März. Der Wiener Postzug ist bis jetzt 11 Uhr Vormittags hier noch nicht eingetroffen und hat somit den Anschluß an den bereits von hier abgegangenen Zug nach Breslau resp. Berlin verfehlt.

Uebersicht.

Breslau, 8. März. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Beratung über das Justiz-Budget fortgesetzt. — Seit steht in derselben Kammer der wichtige Antrag Windes's und die Angelegenheit der Regulierung des Oderstromes auf der Tagesordnung.

Unsere heutige Berliner Korrespondenz bespricht die Prinzipienlosigkeit der deutschen Regierungen und führt in dieser Beziehung ein schlagendes Beispiel, Oesterreich betreffend, an. Derselbe Fehler habe Preußen in die schlimmste Nothwendigkeit verlegt, zwischen zwei Uebeln zu wählen, nämlich zwischen dem alten Bundeszuge mit dem Präsidium Oesterreichs und der neueren Gestaltung der Bundescentralgewalt, welche Preußen zwar ein nominelles Präsidialrecht gewährt, dagegen aber dasselbe faktisch Oesterreich unterordnet.

Die R. Pr. Btg. meldet heute ebenfalls das Eintreffen der österreichischen Note, welche auf die preussischen Vorschläge weder eingeht, noch sie ablehnt. Unter diesen Umständen dürfte es noch lange dauern, ehe es in Dresden wieder zu einer Plenarsitzung kommt, ja Wände sehen die Dresdener Konferenzen für aufgelöst an. Das Hinausschieben der Verhandlungen in Dresden wird von Oesterreich gern gesehen, da hierdurch hinlänglich Zeit für Manoeuvrieren geboten wird, um die übrigen deutschen Regierungen für den Kaiserstaat zu gewinnen.

Die Ernennung des Grafen Arnim zum preussischen Gesandten in Wien soll ein Einverständnis an Oesterreich gewesen sein. Da man aber vernommen, daß der preussische Gesandte Graf Rechberg zum österreichischen Gesandten in Berlin ernannt worden sei, ist die Abreise des Grafen Arnim bis jetzt verzögert worden.

Zur Regulierung der Grenze zwischen Deutschland und Schleswig wird eine Kommission von 3 Offizieren (einem österreichischen, einem preussischen und einem dänischen) niedergesetzt werden. Preussischer Seite ist der Oberst Schmidt vom großen Generalstabe dazu ernannt worden.

Die Senner. Btg. spricht von einem Petersburger Memorandum, welches das System der europäischen Reaktion entwickelt, und die Sicherstellung Europas vor der Revolution im Auge hat.

In Berlin befinden sich Deputationen aus Schlessien, welche den Bau der Eisenbahn von Posen nach Breslau betreiben.

In Bezug auf die Beilegung der deutschen Flotte wird berichtet, daß bereits bei den letzten Vorschlägen ein ansehnlicher Theil des Schiffsmaterials als Kaufpfand den preussischen Kommissaren zugewiesen worden ist.

Die bekannte hannoversche Korrespondenz der D. Btg. warnt vor den österreichischen Antrieben und stellt den alten Bundestag in sichere Aussicht.

Es wird jetzt offiziell bestätigt, daß das neulich mitgetheilte Schreiben des Königs von Württemberg ächt, aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen sei. Eine Antwort darauf soll bis jetzt von Wien noch nicht abgegangen sein.

Am 6. März ist in Hamburg ein österreichischer Train eingetroffen. Am folgenden Tage sollte ein Theil der österreichischen Besatzung von Hamburg auf der Berliner Bahn nach Böhmen zurückkehren.

Eben so meldet man aus Regensburg, daß am 9. oder 10. d. Mts. ein Infanterie-Regiment, die Kaiser-Jäger und 1 Batterie nach Böhmen zurückmarschiren würden.

Gleich wird aus Kiel berichtet, daß die weitere Besetzung Holsteins unterbleibt und nur nach Neumünster Oesterreicher kommen werden.

Zu Paris diskutiert man jetzt in den Abtheilungen der Nationalversammlung das Budget. Man ist dort zur Einsicht gelangt, daß Reformen zwar notwendig seien, man hält aber die Zeit nicht für geeignet. — Die französische Regierung soll erklärt haben, daß sie mit dem von der ungarischen Emigration eingereichten Projekte gegen den eventuellen Eintritt Ungarns in den deutschen Bund einverstanden sei.

In England bleibt zwar das bisherige Ministerium vollständig, doch drohen ihm verschiedene heftige Stürme von Seiten der Parteien. Der erste Angriff dürfte schon Freitag den 6. März bei Diskussion der antipapistischen Bill erfolgen.

Preußen. Kammer-Verhandlungen. Zweite Kammer.

Siebenunddreißigste Sitzung vom 7. März.
Präsident: Graf v. Schwerin.
Eröffnung: 12 Uhr 20 Minuten.

Am Ministerische: Simons, geh. Justizrath Spridmann, v. d. Heydt, v. Stockhausen und v. Westphalen. Später von Rabe und v. Mantuffel.

Tagesordnung: 1) Fortsetzung der Beratung des Etats für die Justizverwaltung; 2) Beratung des Etats für die Domainen, Forsten und indirekten Steuern; 3) Beratung des Etats für das Ministerium des Innern.

Der Schriftführer Abg. Eckstein verliest das Protokoll der gestrigen Sitzung. Dasselbe wird von der Kammer genehmigt.

Mehrere Uebersetzungen werden bewilligt.

Ein von vielen Mitgliedern unterstützter Antrag wegen Bewilligung von 500,000 Thalern zur Unterstützung der Schaufen in Ostpreußen wird der Kommission für Handel und Gewerbe in Verbindung mit der Finanzkommission zur Prüfung übergeben.

Eine Petition wegen baldiger Einbringung des Gesetzes über Aufhebung der Lehne wird der Justizkommission übergeben.

Der Herr Minister des Innern zeigt an, daß der Regierungsrath Noach als Regierungs-Kommissar den Beratungen des Etats des Ministeriums des Innern beiwohnen werde.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen und mit der Beratung des Etats für das Justizministerium fortgesetzt.

Bei den Kreis- und Stadtgerichten betragen die Dispositionsfonds in Summa 969,539 Thlr., deren Genehmigung die Kommission beantragt.

Die Abg. Wenzel und Genossen haben hierzu folgendes Amendement gestellt:

Die Kammer wolle beschließen, wie folgt:
Die Kammer spricht die Erwartung aus, daß die Staatsregierung darauf Bedacht nehmen werde, dem dringenden Mangel an Richtern, welche der polnischen Sprache mächtig sind, auch dadurch zu begegnen, daß bei jedem der betreffenden Gerichte eine nach Verhältnis der polnischen Bevölkerung zu bestimmende Anzahl von persönlichen Zulagen à 100 Thlr. auf den Etat gebracht werden, welche den an diesen Gerichten angestellten, der polnischen Sprache mächtigen Richtern dauernd zu bewilligen sind, wogegen der Seite 15 erwähnte Fonds von 3000 Thlr. dann weggelassen würde.

Der Antragsteller begründet dasselbe kurz.
Der Herr Justizminister führt dagegen an, daß die Regierung bereits den Weg eingeschlagen habe, welchen das Amendement des Abgeordneten Wenzel vorschlägt. Der Redner giebt dann eine Uebersicht über die Verwendung des Fonds von 3000 Thlr.

Der Abg. von Kleist-Neckow erinnert dagegen, daß der erste Theil des Amendements durch die Maßregeln der Regierung bereits erledigt sei und daß die in dem zweiten Theile ausgesprochene Absicht der Administrativbehörde vollständig überlassen werden müsse.

Der Antrag des Abg. Wenzel wird verworfen, dagegen der Antrag der Kommission angenommen.

In Bezug auf die im Etat ausgeworfene Summe zur Remuneration für die Kassenratoren hat der Abg. Reuter folgendes Amendement gestellt:

Die hohe Kammer wolle beschließen: bezüglich der Kuratoren der Gerichts-Kassen-Kassen es als gerechtfertigt anzuerkennen, daß bei den großen Stadtgerichten den zu solchen Kuratoren bestellten Mitgliedern, wenn sie dieses Amt mindestens ein Jahr hindurch verwaltet haben, eine dem Umfang der Geschäfte der Kassen-Kasse entsprechende, nach feststehenden Grundsätzen bemessene jährliche Remuneration gezahlt und daß diese auf den Etat gebracht werde.

Der Berichterstatter Abg. Hartmann empfiehlt Namens der Kommission die Annahme dieses Amendements.

Der Herr Justizminister erklärt, daß es die Absicht der Regierung sei, einen solchen Antrag mit dem nächsten Jahre auf den Etat zu bringen.

Der Abg. Reuter zieht in Folge der Erklärung des Herrn Ministers sein Amendement zurück.

Zu dem nachstehenden Amendement des Abg. Wenzel:

Die Kammer wolle beschließen: daß der erwähnte Fonds von 9000 Thlr. zu persönlichen Zulagen für ehemalige Patrimonialrichter nur unter der Bedingung bewilligt wird, daß diese persönlichen Zulagen unabweislich so lange bewilligt werden, bis der betreffende Richter in ein höheres etatsmäßiges Gehalt tritt.

Der Herr Justizminister erklärt, daß von der Regierung bereits diese Angelegenheit vollständig regulirt sei.

Auch der Abg. Wenzel zieht in Folge dieser Erklärung sein Amendement zurück.

Unter den allgemeinen Fonds sind 18,000 Thlr. zu verschiedenen Zwecken, 6000 Thlr. zu Unterstützungen bei Gerichtsbehörden, 33,000 Thlr. zur Unterhaltung der Justizgebäude ausgeworfen, welche Summen der Kommission zu keiner Erinnerung Veranlassung gegeben haben.

Sobann ist ein Fonds von 94,909 Thlr. zur Deckung von Mehrausgaben an Kriminalkosten und von Einnahmeausfällen in Anspruch gebracht. Die Kommission beantragt:

Die sub Nr. 9 der bauernden Ausgaben zur Deckung von Mehrausgaben an Kriminalkosten und von Einnahmeausfällen geordneten 94,909 Thlr. abzugeben.

Der Abg. Breithaupt (Wittstock) hat hierzu folgendes Amendement gestellt:

Die hohe Kammer wolle beschließen: Die sub Nr. 9 (S. 20) der bauernden Ausgaben zur Deckung von Mehrausgaben an Kriminalkosten und Einnahmeausfällen geordneten 94,909 Thlr. auf 50,000 Thlr. festzusetzen.

zieht dasselbe aber wieder zurück, da er die Nothwendigkeit dieser Summe einsehe.

Der Abg. von Bodesschwing (Hagen) vertheidigt dagegen den Antrag der Kommission und beantragt die Absetzung der 94,000 Thlr.

Der Hr. Justizminister schließt sich dem Antrage des Abgeordneten Breithaupt an und beantragt, die 94,000 Thlr. zu genehmigen. Die Summe sei nach dem Resultat des vorigen Jahres festgesetzt worden und es biete der Verwaltung eine große Erleichterung dar, wenn ein solcher Fonds vorhanden sei und nicht erst gefordert werden brauche. Außerdem seien auch den anderen Ministerien dergleichen Fonds bewilligt worden und es müsse daher auch der Justizverwaltung ein solcher Fonds bewilligt werden.

Der Berichterstatter führt an, daß die Kommission das gezeigte Monitum aus rein formellen Gesichtspunkte betrachte, und daß sie damit einverstanden sei, daß, wenn die Einnahmen nicht ausreichen, eine Etatsüberschreitung eintreten müsse. Er beantragt, den Kommissionsantrag zu genehmigen.

Bei der Abstimmung wird der Kommissionsantrag verworfen, die 94,909 Thlr. daher genehmigt.

Zu den extraordinären Ausgaben zur Fortführung und Vollendung von Bauten zc. 195,323 Thlr., zur Annahme von Hülfsschreibern beim Obergericht zc. 6000 Thlr., zur Annahme von Hülfsschreibern im Subalternbeamtendienste zc. beim Obergericht 6120 Thlr. und zur Verstärkung der bei den Gerichtsbehörden vorhandenen Betriebs-Fonds die Summe von 200,000 Thlr., welche der Etat in Anspruch bringt, findet die Kommission nichts zu erinnern.

Nach der Vorprüfung des Etats kamen in der Kommission noch einige allgemeine Gesichtspunkte zur Sprache, von denen aus möglicherweise eine Ersparnis bei den Ausgaben der Justizverwaltung auszuheben sei. Dahin wurde zunächst das Institut der Staatsanwaltschaft gerichtet. Es sprach sich die Meinung aus, daß bei den Kreisgerichten zu viele Staatsanwälte angestellt seien, und manche derselben nur geringe Beschäftigung haben. Es wurde zwar entgegnet, daß es bedenklich erweise, auf spezielle Fälle generelle Anträge zu gründen, daß nach Seite 52 des Etats nur 127 Staatsanwälte und 69 Gehilfen, überhaupt also 196 Beamte der Staatsanwaltschaft bei den Stadt- und Kreisgerichten fungiren, während solcher Gerichte nahe an 250 bestehen, daß also, da nach § 2 der Verordnung vom 3. Januar 1849 bei jedem Kreis- und Stadtgericht ein Staatsanwalt angestellt werden solle, noch nicht einmal jeener Bestimmung der Verordnung Genüge gegeben sei, daß aber bei Prüfung der Verordnung vom 3. Januar 1849 in Erwägung gezogen werden müsse, ob es bei dem § 2 derselben bleiben werden könne. Gleichwohl beschloß die Majorität der Kommission, der Kammer zu empfehlen:

die Kammer wolle die Erwartung ausdrücken, die Staatsregierung werde durch anderweitige Organisation oder Geschäftsvertheilung eine Ersparnis in den Kosten der Staatsanwaltschaft herbeiführen.

Der Abg. Büchtemann ist gegen den Kommissionsantrag, da die Regierung sich der Sparsamkeit überall beweihe und dies bereits bei vielen Gelegenheiten bewiesen habe. Es sei aber jedenfalls vorzuziehen, daß nach Einführung des neuen Strafrechts sich die Kosten noch mehreren werden.

Justizminister Simons: Die Verwaltung sei fortwährend bemüht, das zu thun, was möglich sei, die Sache befände sich aber nicht in der Lage, daß es angemessen sei, der Regierung in dieser Beziehung in Form des Antrages der Kommission eine Anrathung zu geben, da das ganze Institut noch zu neu und die Regierung bemüht sei, eine angemessene Regulierung eintreten zu lassen. Der Redner weist deshalb nach, daß die Reisen der Staatsanwälte nach den verschiedenen Gerichten bedeutende Kosten erfordern.

Der Abg. Wenzel erklärt sich mit dem Kommissionsantrage einverstanden.

Der Abg. Bessler ist der Ansicht, daß es gefährlich sei, einen so allgemeinen Antrag, wie der von der Kommission gestellt, anzunehmen. Es fehlen demselben sämtliche Motive, und erklärt er sich gegen den Antrag in dieser Form.

Der Abg. Graf v. Arnim berichtigt einige Auslassungen des Abg. Wenzel.

Der Antrag der Kommission wird hierauf verworfen.

Die Kammer genehmigt nunmehr a) die sämtlichen Einnahmen der Justizverwaltung mit 5,496,682 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf., b) die etatsmäßigen Ausgaben nach Abzug der bei den Gehältern der Oberstaatsanwälte abgesetzten 800 Thlr. mit 9,021,196 Thlr., und c) die einmaligen außerordentlichen Ausgaben mit 407,443 Thlr.

Zu dem Etat der Verwaltung der Domainen, Forsten und direkten Steuern übergehend, beschließt die Versammlung die von der Kommission vorgeschlagenen Grundsätze für die Verpachtung der Domainen anzunehmen. Ein Antrag von Wintzer, auch die fiskalischen Jagden im Wege des Meistgebots zu verpachten, wird von Reuter bekämpft und von der Kammer verworfen. Ein Antrag der Kommission: die Fuhrkosten der Ober-Forstbeamten zu streichen, wird abgelehnt, dagegen der Antrag angenommen: „es wiederholt für erforderlich zu erklären, daß die Aufhebung der noch bestehenden Grundsteuerbefreiungen baldigst zur Ausführung gelangt.“ v. Beckerath führt zur Mennonitensteuer aus, daß die Mennoniten noch immer unverhältnismäßig belastet seien und beantragt: die Aufhebung der Mennonitensteuer durch ein Gesetz anzuordnen. Der Finanzminister erklärt: die Regierung sei diesem Wunsche zuvorgekommen und werde schon in Kürze ein Gesetz dieser Art vorlegen. Es sollen auch diejenigen Mennoniten von der Steuer befreit werden, welche die Befreiung von der Militärpflicht, für welche die Steuer erhoben werde, genossen haben. Der hierdurch entstehende Ausfall sei geringfügig und werde durch die Einkommensteuer hincind bestritten werden. v. Beckerath zieht unter diesen Umständen seinen Antrag zurück. (Schluß 4 Uhr.)

Berlin, 7. März. Dem Rechtsanwalt und Notar Zumbusch zu Kiedlinghausen ist die Verlegung seines Wohnsitzes nach Lüdinghausen gestattet worden.

Angelommen: Der Erbsehn im Herzogthum Magdeburg, Kammerherr Graf vom Hagen, von Mecklen. — Abgereist: Hr. Excellenz der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, Staatsminister Flottwell, nach Frankfurt a. d. O.

Berlin, im März. [Kirchliches. — III.] Der kirchlichen Verfolgung eines Geistlichen durch die Staatsanwaltschaft wegen solcher Amtsvergehen, welche das bürgerliche Gesetz mit Strafe bedroht, soll nach einer Bestimmung des evangelischen Oberkirchenrathes, künftighin ein Hinderniß von Seiten der kirchlichen Oberbehörde nicht in den Weg gelegt werden. Derselbe erkennt an, daß das Gesetz vom 29. März 1844, demzufolge bisher zu dem Antrage auf gerichtliche Untersuchung gegen Geistliche nur der Minister der geistlichen Angelegenheiten berechtigt war, durch kein späteres Spezialgesetz aufgehoben ist, da das für die Staatsbeamten erlassene Disziplinargesetz vom 11. Juli 1849 auf Geistliche und Kirchenbeamte keine Anwendung findet. Gleichwohl ist der evangelische Oberkirchenrath der Ansicht, daß die allgemeine Vorschrift des Art. 97 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, (welcher ausdrücklich befaßt, daß öffentliche Civil- und Militärsbeamte wegen, durch Ueberschreitung

ihrer Amtsbefugnisse verübter Rechtsverletzungen gerichtlich in Anspruch genommen werden können; eine vorgängige Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde darf jedoch nicht verlangt werden) auch auf Geistliche Anwendung findet, obgleich dieselben nicht eigentlich in die Kategorie von Civilbeamten gehören, sobald es sich um die Verfolgung von Vergehen handelt, welche sie bei Verrichtung ihrer mit bürgerlicher Wirkung und bürgerlichem Glauben bekleideten geistlichen Amtshandlungen sich haben zu Schulden kommen lassen. Soll die bisher anerkannte bürgerliche Wirkung und bürgerliche Glaubwürdigkeit der von dem Geistlichen verrichteten Amtshandlungen unverändert erhalten werden, so müsse auch von der andern Seite es dem Staate, wenn er diese bürgerliche Anerkennung der geistlichen Amtswirkksamkeit fortwährend bestehen läßt, nicht verschmäht werden, über die Beobachtung der dabei von Seiten des Geistlichen aufzubringenden Sorgfalt eine selbstständige Kontrolle zu üben und die zur Kenntniß seiner Behörden gelangenden Mängel und Verstöße aus eigenem Rechte zu rügen, ohne dabei an eine vorgängige Autorisation der kirchlichen Oberbehörde gebunden zu sein. — Nur durch eine strenge Festhaltung dieser Grundsätze würde es möglich sein, das Rechtsgebiet der Kirche und das des Staates im Sinne der Verfassungsurkunde im Einzelnen so zu ordnen, daß, ohne Störungen und Ueberschneidungen von irgend einer Seite her, Staat und Kirche in ihrer Sphäre und mit den ihnen anvertrauten Mitteln sich mit Freiheit bewegen und jeder Thun dem Einzelnen, wie dem Ganzen wahrhaft zum Segen gereichen.

Berlin, 7. März. [Prinzipienlosigkeit der deutschen Regierungen. — Die diplomatischen Verhältnisse Preußens zu Oesterreich. — Forderung einer neuen Etappenfrage. — Die Central-Budgetkommission. — Neue Kassenanweisungen.] Es ist im Augenblicke nichts lehrreicher, als von Zeit zu Zeit die Aftenstücke über die deutsche Frage aus den letzten zwei Jahren wieder zur Hand zu nehmen, um des Gegensatzes halber nachzusehen, was die Regierungen damals dachten und versprochen. Der preussischen Regierung ist ihr Abfall von ihren früheren Prinzipien so oft vorgehalten worden, daß es schon widerlich zu werden anfängt, darauf immer wieder zurückkommen. Den heftigen Angriffen gegenüber aber, welche aus dem Heerlager der im österreichischen Interesse inspirirten Blätter jetzt eben gegen die kleinen Staaten gescheuert werden, an deren Widerstande in der denkwürdigen Plenar-Sitzung in Dresden am 23. Februar das Durchgehen der österreichischen Pläne scheiterte, mag hier unter Anderem auf die ihre Zeit viel besprochene öfter. Circular-Depesche vom 19. Juli v. J. zurückgewiesen werden, durch welche damals der engere Rath wieder einberufen wurde. „Der Bund, so beginnt jene Depesche, ist eine Gemeinschaft selbstständiger unter sich unabhängiger Staaten mit wechselseitigen gleichen Vertragsrechten und Vertragsobligationen. Nur der Gesamtheit der Bundesglieder steht die Befugniß der Entwicklung und Ausbildung der Verfassung zu. Dieses Recht muß allen gewahrt bleiben als ein unantastbares und als eine Bürgschaft für ihre Zukunft.“ Dieses selbe Recht der kleinen Staaten, sich zu wehren gegen Neugealtungen, welche sie in ihren Interessen auf das Wesentlichste verkrüppeln, wird jetzt von derselben Seite arg angegriffen, von der man damals diese Worte vernahm, und während damals das strenge Festhalten der Bundesverfassung in der erwähnten Depesche als das einzige Mittel dargestellt wurde, „aus dem Labyrinth der allgemeinen eingetragenen Verwirrung zur geordneten Lösung der ohnvermeidenden Lebensfrage zu führen“, stößt die Rückkehr zur Bundesverfassung eben auf jener Seite jetzt auf Schwierigkeiten. Wäre, das Labyrinth der allgemeinen Verwirrung scheint immer größer zu werden, denn die Prinzipienlosigkeit herrscht jetzt auf allen Seiten gleichmäßig. Die für Preußen gegenwärtig noch verbleibende Alternative ist übrigens eine auf beiden Seiten gleich trostlose: entweder Rückkehr zum alten Bundeszuge unter österreichischem Vorherrschaft, ohne Parität, oder Annahme einer Aenderung der Bundesverfassung mit einer nominellen Parität, aber mit einer faktischen Stimmenvertheilung, die Preußen unter die Suprematie Oesterreichs und auf gleiche Linie mit Baiern stellt. Dies sind die Resultate der gepriesenen diplomatischen Geschicklichkeit des Herrn v. Mantuffel.

In dem Stande der Unterhandlungen mit Wien ist unterdessen keine positive Veränderung eingetreten (s. dagegen den unten folgenden Tagesbericht und die telegr. Depesche in der vorgest. Berl. Btg.); durch eine Depesche des Grafen Bernstorff ist man hier aber bereits im Voraus wissend, daß die letzten preussischen Vorschläge wegen einer Aenderung des Stimmenverhältnisses in dem künftigen engeren Rathe und wegen eines wechselseitigen Präsidiums von Seiten des Wiener Kabinetts kurzweg werden zurückgewiesen werden. Dem preussischen Vorschlage einer fernerer Hinausschiebung der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Dresden soll man in Wien dagegen zu willfahren gedanken, und dies wohl mit gutem Grunde, denn mit diesem Zeitgewinne erhält man die Möglichkeit, die Zahl der Anhänger Preußens unter den deutschen Staaten immer mehr zu verringern, woran österreichische diplomatische Agenten ja bereits im Augenblicke so thätig arbeiten. Wie sehr auch von gewissen Seiten das Gegentheil behauptet werden mag, so erhält sich hier in unterrichteten Kreisen doch das Gerücht, daß die Konferenzen in Dresden in ihrer gegenwärtigen Form gar nicht aufgenommen werden dürften.

Die Ernennung des Grafen Arnim-Heinrichsdorff zum Gesandten in Wien an Stelle des Grafen Bernstorff war ein Zugeständniß, welches man diesem dem Wiener Kabinete machte, denn Graf Arnim, der schon früher längere Zeit in Wien Preußen betrat, steht durch seine ganzen politischen Anschauungen dem Wiener Kabinete sehr nahe und ist dort eine sogenannte persona gratissima, was man vom Grafen Bernstorff nicht sagen kann. Unterdessen ist nun aber die neue Differenz mit Oesterreich eingetreten. Herr v. Prokeß hat außerdem die Bescheidigung seiner nahe bevorstehenden Aenderung erhalten, nachrichtig seiner nahe bevorstehenden Aenderung auf dem hiesigen Posten genannt. Dieser Letztere aber ist bekannt wegen seiner preussischen Gesinnung. Alles dies ist Ursache, weshalb die Ernennung des Grafen Arnim neuerdings wieder zweifelhaft geworden ist: man will die nächsten Schritte des Wiener

Kabinetts abwarten, und erst dann wird es abhängig sein, durch wen man künftig die Interessen Preussens in Wien werde vertreten lassen.

Nach als der hannoversche Premier-Minister v. Münchhausen aus Veranlassung der bevorstehenden Plenar-Sitzungen in Dresden war, wurde ihm durch den dortigen österreichischen Gesandten, Graf Ruffstein, eine Note des Wiener Kabinetts übergeben, durch welche man die Anforderung stellte, für den freien Marsch österreichischer Truppen durch Hannover eine bestimmte Etappenstraße festzustellen, und zwar soll die Form, in der diese Anfinnen gestellt wurde, so süß man hinzugeben, so eigentümlich kategorisch sein, als handelte es sich hierbei um eine Sache, deren Bewilligung sich ganz von selbst verfolge. Von welcher Wichtigkeit diese Angelegenheit namentlich auch für Preussen ist, liegt auf der Hand, und man ist deshalb hier erfreut, daß Herr v. Münchhausen, ehe er irgend eine Antwort abgegeben, sich zunächst über diesen Gegenstand mit dem hiesigen auswärtigen Ministerium in's Einzelne gesetzt, und um eine gutachtliche Äußerung gebeten hat. Ich hoffe sehr bald Genaueres hierüber mittheilen zu können.

Die Central-Budget-Kommission hat nun, nachdem sie über alle einzelnen Ressorts ihren Bericht erstattet hat, noch einen sogenannten Schluss-Bericht vorgelegt, in welchem sie eine summarische Zusammenstellung ihrer gefassten Beschlüsse mittheilt. Die Balance unseres gesammten Staatshaushalts stellt sich danach folgendermaßen: In dem Entwurfe der Regierung war die Gesamteinnahme pro 1851 auf 93,194,959 Zflr. veranschlagt worden; die Kommission hat vorgeschlagen, aus dem Gewinne der Seehandlung noch 100,000 Zflr. auf den Etat zu bringen, so daß sich also hiernach die Gesamteinnahme auf 93,294,959 Zflr. erhöht. Dagegen veranschlagt der von der Regierung vorgelegte Etat die regelmäßigen Ausgaben auf 93,483,711 Zflr. Die Kommission hat bei dem Etat der zweiten Kammer eine Ausgabenvermehrung um 165 Zflr. beschloffen, dagegen in Summa 681,646 Zflr. von den Ausgaben gestrichen, so daß also die fortwährenden Ausgaben auf 92,802,065 Zflr. festgesetzt sind. Im Vergleich zu der Einnahmesumme ergibt dies also einen Ueberschuß der Einnahme um 442,729 Zflr. Außerdem sind nun aber in dem Etat noch 3,329,248 Zflr. als einmalige außerordentliche Ausgaben für das Jahr 1851 ausgedrückt, von denen die Kommission 252,655 Zflr. gestrichen hat, so daß also nur 3,076,593 Zflr. verbleiben. Nach Abzug jenes Einnahme-Ueberschusses bleiben mithin auf dem Etat pro 1851 angedeckt 2,633,804 Zflr.

Der von dem Finanz-Minister vorgelegte Gesetzentwurf wegen Anfertigung und Ausgabe neuer Kassenscheine weist, wie bemerkt, die sämtlichen jetzt umlaufenden Kassenscheine ein; da sie meist bereits sehr schadhafte sind, und durch neue zu ersetzen. Hierbei soll nur die Umdruckung vorgenommen werden, das während bisher 7/8 sämtlicher Anweisungen in Apoinis zu 5 und 1 Rthl. bestanden, künftig nur 1/2 in diesem kleinen, und die übrigen 1/2 sämtlich in größeren Apoinis bis zu 100 Rthl. ausgetauscht werden sollen, wogegen die jetzigen 500 Rthl. Scheine ganz fortfallen. Dagegen soll in der Folge eine neue Gattung, nämlich Apoinis zu 10 Rthl. geschaffen und davon 500,000 Stück veranlagt werden. Bemerkenswert ist endlich zum Schluss noch, daß die Summe der jetzt als unversinkende Staatsschuld umlaufenden Kassenscheine 20,842,347 Rthl. betragen, wozu bekanntlich einem anderen neuen Gesetzentwurf zufolge noch die 10 Millionen Darlehens-Kassenscheine in der Folge kommen sollen.

Auf die morgende Tagesordnung der zweiten Kammer ist der Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über den Antrag des Abg. v. Götz wegen Regulierung des Oderstromes als erster Gegenstand gesetzt. Erst dann folgt die Berathung über den bekannten Rückfischen Antrag. Berlin, 7. März. [Tagesbericht.] Wie wir hören, ist gestern Abend die Antwortnote des Fürsten Schwarzenberg auf die letzte preussische Depesche hier eingegangen. Dieselbe soll von dem Tone der bisherigen Noten wesentlich abweichen, dem Inhalte nach aber die letzten preussischen Vorschläge weder annehmen noch ablehnen, vielmehr zu einzelnen Fragen Erläuterungen nachsuchen. *)

Aus Wien wird uns berichtet, daß Fürst Schwarzenberg von uns gestern mitgetheilten Brief des Königs von Böhmen, betreffend die Volksvertretung beim Bundestage, zur Zeit noch nicht beantwortet hat.

Nachdem wir eine Kommission, bestehend aus einem preussischen, einem österreichischen und einem dänischen Mitglied, die Grenzregulierung zwischen Deutschland und Schleswig vornehmen. Preussischer Seite ist der Herr Schmidt vom großen Generalstab hierzu ernannt worden. (N. Pr. Z.)

Man spricht, meldet die „Spez. Z.“ in unterrichteten Kreisen von einem Petersburger Memorandum, in welchem das System der europäischen Reaktion seine vollendete Aufzeichnung erhalten haben soll. Es handelt sich dabei um eine definitive Sicherstellung Europas gegen die Revolution, und die russisch-österreichische Politik hat in dieser Beziehung von vorn herein ihr Augenmerk auf Deutschland und Italien gerichtet. Wenn die Schweiz Anlässe darbietet und ermöglicht, um zu einer strategischen Befestigung ihrer Defiles zu schreiten, durch welche nach Deutschland und Italien hin eine feste militärische Schutzstellung eingenommen werden könnte, so würde dies zunächst die günstigste Position für die Zwecke der russisch-österreichischen Politik in Europa sein. Die Aufstellung einer solchen militärischen Kette ist von Österreich mehrfach als eine dringende Nothwendigkeit herausgehoben worden, und das Vorschreiben der österreichischen Truppen bis an die Gestecke der Dnieper nur nach der anderen Seite hin eine Anwendung desselben, genau durch das System. In demselben Zusammenhang der Gründe wurde auch von Österreich die Aufstellung einer Bundesarmee im Westen Deutschlands beantragt, worauf aber Preussen nicht unbedingt eingehen wollte, indem es die Ausführung von bestimmten Eventualitäten in Frankreich abhängig machte. Österreich hat aber auch in Bezug auf die Schweiz am meisten auf Maßregeln und farsorgliche Befestigungen gedrungen. Die unter seiner hauptsächlichsten Mitwirkung zu stehende militärische Schiene liegt ihm dabei namentlich am Herzen. Es handelt sich bei den Forderungen an die Schweiz, weniger um die Schweiz selbst, als vielmehr darum, an der Schweiz einen Vorwand und Anhaltspunkt für viel umfassendere Absichten und Unternehmungen zu gewinnen.

(Cont. 3.) Unsere früheren Mittheilungen über die deutsche Flotte ergänzen wir dahin, daß bereits bei den letzten Vorlesungen in ansehnlicher Zahl des Schiffsmaterials den preussischen Kommissarien als Kaufpfand zugewiesen ist. Da außerdem, wenn wir nicht irren, an Döberitz ein sehr bedeutender Theil des

Materials oder sogar der Schiffe, verpfändet ist, so würde eventuell zur Abheilung in natura oder in Geld wenig übrig bleiben.

Se. Maj. der König hat gestern Nachmittag den Vortrag des Kriegsministers entgegengenommen.

Zu Regierungen-Kommissarien für die Kommissions-Berathungen der 2. Kammer über den Antrag des Abgeordneten Fröhner wegen Bildung eines Kreditvereins für die städtischen Grundstücke der Provinz Brandenburg sind seitens des Herrn Finanzministers der geh. Finanzrath Seidel und seitens des Herrn Ministers des Innern der geh. Ober-Regierungsrath Mölke ernannt worden.

Am 6. d. M. kamen hier 474 Personen an und reisten 440 ab. Angekommen: der nordamerikanische Geschäftsträger am k. österreichischen Hofe, Herr Curdy von London. Abgereist: der französische Kabinetts-Minister Dufet nach St. Petersburg.

Deputationen aus Schlesien sind hier eingetroffen, um allerhöchsten Orts für die in diesem Jahre vorzunehmende Regulierung des Oderstroms, sowie für den bald beginnenden Bau einer Eisenbahn von Posen nach Breslau zu petitioniren.

[Die Deutsche Ref.] erklärt, daß sie nicht, wie die Woz. Ztg. gemeldet, zu einem als besonderes Blatt erscheinenden, zugleich wendet sich die D. Ref. gegen eine Bemerkung der Const. Ztg., die Broschüren-Literatur des Ministeriums Mantauel betreffend, und erklärt, auf eine amtliche Quelle gestützt, daß das Ministerium weder die (bezeichneten) Broschüren veranlaßt, noch für dieselben auch nur den allergeringsten Aufwand gemacht hat.

Düsseldorf, 1. März. [Die Differenzen Freiligraths] mit der Polizeibehörde zu Düsseldorf, welche ihm als Ausländer den dortigen Aufenthalt verweigerte — Freiligrath ist in demselben — in Folge dieser Beschlüsse an das königl. Ministerium rekurrierend, sind nunmehr gehoben, indem ihm das preussische Staatsbürgerrecht erteilt wurde. (Elf. Z.)

Deutschland.

Hannover, 4. März. [Die Dresdener Konferenzen.] In Dassel haben wir wenig nachzutragen, denn es ist in Dresden fast gar nichts geschehen. In der Plenarsitzung am 28. Februar wurde lediglich das Protokoll der am 23. Febr. abgehaltenen Sitzung festgestellt, wobei das Resultat sich in keiner Weise anders gestaltet als zuvor; die Bevollmächtigten der kleinen Staaten, die ihr definitives Wort bis nach eingeholter Instruktion sich vorbehalten, in jener Sitzung aber provisorisch gegen den Neuenburger Entwurf stimmten, haben nun auch sämtlich definitiv ihr Wort bestätigt. Nur die Bevollmächtigten für Holstein-Lauenburg und für Luxemburg-Eimburg haben noch die definitive Erklärung zu Protokoll zu geben, ohne allen Zweifel wird diese auch ablehnend sein.

Alles fragt sich gegenseitig: Was nun? Nicht Bundestag, nicht Neuenburger Entwurf, nicht Dualismus und nicht Krieg. Es ist wirklich rassa im deutschen Vaterlande! Und dennoch herrscht, ohne Regislappe und Exultation, zum Troste aller guten und schlechten Bürger, überall die beste Ruhe und Ordnung im ganzen heiligen deutschen Reiche, und es ist auch nicht das geringste Symptom, daß diese auch nur einen Moment gestört werden könnte. Wozu deshalb die große Sorge der nicht kleinen Legion österreichischer und bairischer Pressen, die mit ängstlicher Bimpflichkeit den Konflikt der Großmächte nicht haben wollen und die Einigkeit derselben in ihren Blättern schwarz auf weiß herstellen? Da diese Prebambien jetzt wirklich über einige Duzend Dramen in Deutschland zu versetzen haben, so glauben sie sogar Gesandte machen zu können und wissen vorliegende Thatsachen auf Befehl ihres Wachmeisters umgekehrt zu machen oder zu eskamotieren. Dieser Wachmeister alter auf Parole und Gelddrucke hörenden Pressen ist der Wiener Lloyd, welcher denn auch diesen Posten mindestens mit Talent, wenn nicht gar mit Genie ausfüllt. Geht derselbe doch so weit, indem er alle übrigen Organe in stolzer Verachtung seiner Widerlegung würdigt, zu behaupten, daß auch die offiziellen preussischen Organe, die Deutsche Reform und die Neue Preussische Zeitung, ganz falsch unterrichtet seien, und der Beweis ist auch da, indem der Affekt-Rußdoff, der jetzige ungenannte Redakteur der Deutschen Reform, sich in Dresden befand und deshalb in Berlin ganz falsche Nachrichten dem Blatte übergeben worden seien. Das ist denn wirklich ein wenig stark und die ganze Meute bis zur Niederländischen Zeitung, die letzte im Norden, geben das Feldgeschrei wieder. Wir sind wahrlich keine Verehrer der preussischen Politik, das wird uns Niemand nachsagen können; allein auf ein solches Treiben und auf solche Mittel, wie man sich deren von der andern Seite bedient, wo geradezu die öffentliche Meinung, allen Thatsachen gegenüber, auf den Kopf gestellt und auf Befehl Wiß in Gelb verwanbelt werden soll, ist es denn doch nachgerade Zeit, die Aufmerksamkeit des Publikums darauf zu lenken; ja es ist sogar Pflicht der ganzen unabhängigen Presse, auf diese systematisch hervorstechenden Giftpilze ein sehr wachsam Auge zu haben und ihre Mandate zu demaskieren. Wodurch mögen sie zu raufoniieren und Leitartikel und ihre Weisheit austreten, es wird in Berichten von Thatsachen dahin kommen, daß man jene Blätter gar nicht mehr zu erwähnen braucht, weil ein Jeder bereits weiß, daß sie das Gegenteil von Wahrheit enthalten. Wir glauben hiermit ein für alle mal mit jener Pressenarmee fertig zu sein, behalten es uns jedoch vor, auf besonders pikante Fälle zurückzukommen.

Wie die Dinge jetzt in Dresden stehen, so ist die Rückkehr zum Bundestage unvermeidlich. Österreich beharrt auf seinen Forderungen, eine so hervorragende Stellung in Deutschland einnehmen zu wollen, daß es dasselbe gänzlich beherrscht; dauerndes Präsidium im Engen Rathe, daneben die Bildung einer Militärexekutive aus Österreich, Preußen und Baiern als Trias, wo es sich durch Baiern die vollständige Herrschaft sichert, indem hier zwei gegen Eins immer den Ausschlag geben muß. Preußen, zwar sonst immer nachgiebig, kann soweit nicht gehen, wenn es nicht geradezu unter Befehl Österreichs gestellt werden soll. Was bleibt da übrig als der alte Bund? Uebrigens ist die Taktik der österreichischen Pressen dabei auch hier eine ganz vortheilhafte; der alte Bundestag bleibt immer als letztes Ausfluchtswort, wenn alle Stränge reißen. Das ist das Sichere. Jetzt muß man aber sterben, ein Meise zu erlangen an Macht und Herrschaft bei den Neuerungen, für den Germanen wird ja agitiert und alle Mienen in Bewegung gesetzt für das Sichere hat man nicht nötig einen Federstrich zu verschwenden. Deshalb will man vom Bundestage, den man so lange doch als das Ideal vergöttert, nichts wissen. Nun, nach all den Wehen wird es doch nichts Anderes werden, denn würde es etwas Anderes, so wäre es doch nur schlechter, viel schlechter eine österreichische Herrschaft mit Sulten, Ligurianern und gemäßigter Verdrummung im Gefolge, eine Beschränkung der Freiheit der Einzelstaaten etc. Es ist traurig, aber wir sind soweit gekommen, den Bundestag als das günstigste des Reichthums anzusehen. (D. N. Z.)

Hannover, 6. März. Wir erfahren aus glaubhafter Quelle, daß vor der Vertagung der Kammer die Organisationsgesetze noch vorgelegt werden sollen, so daß sie noch das alte Mal gelesen und während der Vertagung kommissarisch geprüft werden können. (Hann. Bl.)

Stuttgart, 4. März. [Das Schreiben des Königs.] Der Brief des Königs, von Württemberg an den Fürsten von Schwarzenberg ist zwar acht, aber zur Veröffentlichung nicht bestimmt. Der St.-Anz. gibt diesen Abend die Erklärung, daß das Schreiben ohne alles Vorwissen des Königs zur Öffentlichkeit gebracht wurde, daß es vorderhand keineswegs zur Veröffentlichung bestimmt war und daß die Bekanntmachung desselben allem Anschein nach in einer zu Dresden begangenen Indiskre-

tion ihren Grund findet. Sei dem wie ihm wolle, die Veröffentlichung des achten Schreibens ist erfolgt und seine Wahrheit wird überall Anklang finden.

Mannheim, 4. März. [Das badische Ansehen] von 1 1/2 Millionen Gulden in 4 1/2 prozentigen Obligationen ist — wie haben die Thatsache schon berichtet — zu 100 an die Gebrüder Blanc, Spielmacher in Hamburg, begeben worden. Das Handlungsgeschäft in Frankfurt war konkurrenzlos, und hatte 98 Geboten. — Dieses Resultat wird voraussichtlich ein Steigen aller süddeutschen Papiere zur Folge haben. Einschichtige Kaufleute begreifen aber dennoch nicht, welchen Nutzen die Gebrüder Blanc für jene badischen Obligationen haben können, wenn sie solche nicht etwa mit Verlust verkaufen wollen.

Hamburg, 7. März. [Militärisches.] Gestern Vormittag traf eine vom Regiment Nugent gehörige Train-Abtheilung von circa 50 Wagen und 300 Mann, von Bergedorf kommend, hier ein. Die Wagen blieben vor dem Steinhof stehen, die Soldaten wurden in der Gegend der Breiten- und Steinstraße einquartiert, um heute im holländischen Einsbattel Quartier zu nehmen. Auf heute ist eine Abtheilung von königlicher Stärke hier angelangt. — Dem Vernehmen nach findet heute eine Verminderung der hiesigen österreichischen Besatzung statt, indem eine Brigade auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn befördert wird, um über Magdeburg nach Prag zu gehen. (H. N.)

Radeburg, 6. März. [Militärisches.] Die in Lübeck und der dortigen Umgegend liegenden, zur Brigade Martini gehörenden kaiserl. österreichischen Truppen, nämlich das 44ste Linien-Infanterie-Regiment Erbprinz Albrecht, ferner die Kaiserjäger und die Schützjäger-Batterie Nr. 10 werden in den ersten Tagen nächster Woche, etwa den 9. oder 10. d. M. den Rückmarsch antretend, über Radeburg und Mölln nach Schwarzenberg, von hier aber per Eisenbahn weiter nach Böhmen gehen. (H. N.)

Niel, 5. März. Die oberste Civilbehörde hat heute eine Verfügung, betreffend die einstweilige vollstättliche Behandlung des Verkehres mit dem Herzogthum Schleswig erlassen. Durch diese Verfügung wird Schleswig in vollstättlicher Hinsicht im wesentlichen dem Zustande gleichgestellt.

Niel, 6. März. Uebermals hat sich die Situation geändert. Die Besetzung der Städte Döbeln und Segeberg durch die österreichische Unterabtheilung vielmehr erhalten diese Städte, die von den schleswig-holsteinischen Truppen geräumt sind, keine neue Besetzung. Neumünster wird zwar von den österreichischen Besatzern die Städte derselben wird aber deshalb nicht vergrößert, da von Rendsburg aus Truppen dahin detachiert werden.

Die jetzt begonnene dritte Reduktion der Armee erstreckt sich, abgesehen von den Gemeinen, deren Zahl auf 10 Mann, und, was die 4. Brigade betrifft, auf 5 Mann pr. Kompanie reduziert wird, hauptsächlich auf Unteroffiziere und Spilleute. Die Zahl der Ersteren soll für die Infanterie auf 400, worunter 80 Ausländer sein dürfen, für die Kavallerie auf 80, worunter 10 Ausländer sein dürfen, für die Artillerie auf 65, worunter 8 Ausländer sein dürfen, für die Pioniere auf 6, worunter 2 Ausländer sein dürfen, gebracht werden. Letztere sollen entlassen werden bis auf: für die Infanterie und Jäger 1 Drillingen, 26 Hauptboiken, 4 Bataillons-Lambours, resp. Stabsboiken, 50 Spilleute; für die Kavallerie 1 Stabsboiken, 19 Trompeter; für die Artillerie 1 Stabsboiken, 8 Hornisten; für die Pioniere 2 Hornisten. Da diese Unteroffiziere und Spilleute ausdrücklich für das neu zu formierende holländische Kontingent bestimmt sind, so läßt sich jetzt genau berechnen, wie stark dieses sein werde. (H. N.)

Großbritannien.

London, 4. März. [Eine Versammlung der gewöhnlich mit der Regierung stimmenden Parlaments-Mitglieder] berichtet der „Globe“, „so wie überhaupt der liberalen Parlaments-Mitglieder, hat heute Nachmittag um 1 Uhr in der Wohnung Lord J. Russell's in Folge eines heute Morgens von dem edlen Lord erlassenen Rundschreibens statt. Beinahe zweihundert Mitglieder des Unterhauses wohnten der Versammlung bei. Lord J. Russell, welcher zuerst sprach, machte auf die gegenwärtige Stellung der Regierung aufmerksam und wies auf den Umstand hin, daß es eine starke und geschlossene Schaar gebe, an deren Spitze ein ausgezeichneter Staatsmann stehe, welcher mit seinen Anhängern durch das gemeinsame Streben, die während der letzten Jahre befolgten und von so segensreichen Wirkungen begleitete Handels-Politik umzustossen. Von den Bemühungen jener Schaar (sollte Erfolg dieselbe krönen) würde eines von zwei Uebeln erwachsen: entweder nämlich würde das Schutzsystem wieder hergestellt werden, oder das Land würde durch das Streben, die Anstrengungen der Gegner des Freihandels zu vereiteln, in eine unheilvolle Aufregung gerathen. Unter diesen Umständen habe er die Anwesenden zusammenberufen, um auch für die Zukunft ihren Beistand zu erlangen und um sie zu bitten, alle ihre Zwischigkeiten in Bezug geringer Fragen fahren zu lassen, um den Erfolg der von ihnen gemeinsam verfolgten Handels-Politik zu beschleunigen.“ In Bezug auf die Titel-Bill erklärte Lord John sodann seinen Entschluß, dieselbe sofort zu erledigen. Wie dem Vorlesage Lord Stanley's kann er sich nicht einverstanden erklären. Auch will er nichts von einer Ueberweisung des Gegenstandes an ein Special-Komitee wissen, indem sich dadurch die Sache möglicherweise zwei Jahre lang hinführen könne, während welcher Zeit die gegenwärtige Stimmung fortwähren werde. Ueber die Finanz-Angelegenheiten habe sich das Kabinet seit dem Wiederantritte der Regierung noch nicht besprochen. Der edle Lord schloß seine Rede mit der Bitte um fernere Gewährung der ebedinglichen Unterstützung, welche man ihm seit zwei Jahren habe angedeihen lassen. Er suchte diese Unterstützung nicht nach um des persönlichen Zweckes willen, sich und seine Kollegen im Amte zu erhalten, sondern um das zu erzielen, was ihnen sämtlich am Herzen liege, das Wohl nämlich und das Gedeihen des Landes. Die Herren Green und Dufresne-Higgins erhoben hierauf sehr entschiedene Einsprüche gegen die Titel-Bill und erklärten, gegen dieselbe stimmen zu wollen, sollte es sich auch um den Sturz der Regierung handeln. In ähnlicher Weise sprachen Sherman Crawford, D'Gorman Mahon und D. Pomeroy. Bernadotte erklärte, die Regierung unterstützen zu wollen, da er im Allgemeinen mit ihrer Politik einverstanden sei. Doch erluchte er Lord John, die Bill nicht auf Irland auszuwenden. Auch Sir De Lacy Evans, Lord Ervington, Oberst Rawdon und verschiedene andere Unterhaus-Mitglieder folgten der Regierung ihre Unterstützung zu, wie denn überhaupt sich unter den Anwesenden, mit Ausnahme der Irländer, eine dem Whig-Ministerium günstige Stimmung kund gab. — Im auswärtigen Amte wird morgen um 1 Uhr ein Kabinetsthat stattfinden. — Die kirchliche Politik Lord Russell's hat einen warmen Beistandiger an einer Stelle gefunden, wo vielleicht Mancher eine solche Vertheidigung nicht erwartet haben würde. „So weit“, heißt es in dem betreffenden Artikel, „Gesetzgebung in religiösen Dingen ist die Pflicht des Parlaments werden mag, bauen wir mehr auf Lord John Russell, als auf irgend einen lebenden Staatsmann.“ Besonders schlimm kommen Lord Aberdeen, Gladstone und Sir James Graham weg. Auch Hume und Cobden möchten „Daily News“ in kirchlichen Dingen die Leitung des Staats nicht anvertrauen.

(*) London, 5. März. [Die Schwierigkeiten der Situation.] Die einfache Rückkehr des alten Kabinetts (auch der unpopuläre Schatzkanzler behält seinen Posten) war die am wenigsten erwartete Lösung einer Krise, die 12 Tage gedauert

hat. Diese Lösung wird auch schwerlich von segensreichen Folgen sein, denn das erstandene Ministerium hat durchaus nicht an Kraft gewonnen.

Bemerkenswerth ist zunächst das eisse Schweigen, mit welchem das Unterhaus die Erklärung Lord John Russell's aufgenommen hat. Man darf sich keine Illusionen machen, dieses Ministerium wird nur transitorisch sein, und daß dem so ist, muß sehr bedauert werden, denn die Whig-Partei ist die vernünftigste liberalste, die je die Zügel der Regierung gelenkt hat. Wie aber die Sachen jetzt liegen, ist zu befürchten, daß Lord J. Russell in dem bevorstehenden Kampfe seine Popularität einbüßen wird.

Sämtliche Freunde des Kabinetts theilen diese Furcht. Sie bedauern den Rigorismus, durch den die beiden großen Mächten der liberal-konservativen Partei, die Whigs und die Peeliten, eine Allianz abgewiesen haben, aus welcher ein Kabinet mit allen Bedingungen der Stabilität hervorgegangen wäre. Aber nun ist es ein fait accompli. Niemand zweifelt daran, daß der Herzog von Wellington sich von der Unmöglichkeit der Allianz überzeugt hat, ehe er zu der einfachen Rückkehr des alten Kabinetts gerathen.

Thatsache ist, daß keine Fraktion des Unterhauses durch diese Lösung zufriedengestellt ist. Die Protectionisten sind bösen Humors, weil ihnen bewiesen worden ist, daß sie das Land nicht zu regieren vermögen; die Peeliten machen Opposition gegen die Bill über die „pöpstlichen Uebersetzungen“; die Whigs sind verstimmt, weil sie auf Verstärkung gehofft hatten, und diese Hoffnung getäuscht worden ist; die Radikalen endlich stehen unter Waffen und sind bereit, die Schlacht bei jeder Frage aufzunehmen. Erweiterung des Stimmrechts, Budget, Religions-Bill, Alles wird ihnen zum Vorwande dienen, und ihre Opposition wird lebhaft und anhaltend sein.

Die Erklärung Lord John Russell's, daß er die Bill über die „pöpstlichen Uebersetzungen“ modifiziert vorbringen werde, hat keine Partei befriedigt. Bemerkenswerth hierbei ist, daß während eine große Majorität des Volkes sich in Meetings zusammenthut und eine legislative Maßregel gegen die pöpstlichen Uebersetzungen verlangt, die Führer aller großen Parteien, mit Ausnahme der Whigs, die von der Regierung eingebrachte Bill verurtheilen. Die Herren Cobden, Hume und Roebuck, so wie Sir Graham und Lord Aberdeen, als auch Lord Stanley begannen sich in der Opposition gegen die Bill. Noch gestern ersuchte Lord Brougham das Gouvernement, die Bill zurückzugeben, und sich mit einer Resolution zu begnügen, welche einfach die Uebersetzungen des Papstes tadeln sollte.

Sie mögen aus alle Dem entnehmen, welche Chancen die Bill bei solcher Opposition hat.

Was die Modifikationen der Bill anbelangt, so vermuthet man, daß zunächst Irland von den in der Bill festgesetzten Strafen ausgenommen werden wird, und das Kabinet hofft durch diese Konzeption die Opposition der irischen Deputierten zu mildern. Es ist jedoch schwerlich anzunehmen, daß diese Konzeption die irischen Deputierten zur Annahme der Bill umstimmen wird. Sie dürften vielmehr nach wie vor gemeinschaftliche Sache mit den englischen Radikalen machen, und der Sturz des Kabinetts liegt in ihrer Hand.

Das Gouvernement will noch mehrere andere Klauseln der Bill unterdrücken, und soll nichts davon übrig bleiben, als die Bestimmung, welche jeden katholischen Prälaten mit einer Strafe von 100 Pf. St. belegt, der den Titel einer Stadt oder Grafschaft in Großbritannien annimmt.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß die so modifizierte Bill angenommen werden wird. Man erwartet die Freitag-Sitzung mit großer Spannung.

Gestern ging im Baur-Hall einer der seltensten Ereignisse in den Annalen der Luftschiffahrt vor sich. Der Herzog von Braunschweig reiste mit Ch. Green im Ballon nach Deutschland ab. Die Reisenden haben Proviant für mehrere Tage mitgenommen, wie auch 13 Tauben, um Nachrichten von sich geben zu können. Um die Mittagszeit verließ der Ballon den Erdboden. Die Leichtigkeit beim Aufsteigen ließ eine glückliche Fahrt hoffen. Bis spät Abends war keine schlimme Nachricht eingegangen.

Frankreich.

Paris, 5. März. [Tagesbericht.] Die Abtheilungen der National-Versammlung haben heute die Prüfung des Budgets begonnen, und drei haben bereits die Kommissarien ernannt. Die Diskussion scheint nicht die Wichtigkeit gehabt zu haben, welche der Gegenstand verlangt. Man war im Allgemeinen der Ansicht, daß die Finanzlage wenig glänzend und Reformen unerlässlich seien; trotzdem hat die Majorität beschlossen, daß für den Augenblick Nichts zu thun sei. So geht es hier mit allen Dingen. Man konstatirt die Nothwendigkeit der Reformen, hält aber den Moment für die Ausführung derselben nicht geeignet, und so werden die Reformen von Tage zu Tage und von Jahr zu Jahr verschoben, bis endlich eine große und unheilvolle Explosion wird über das Ziel hinaustritt, welches man progressiv ohne Erschütterung hätte erreichen können.

Die Kommission zur Prüfung des Gemeinde-Gesetzes setzt ihrerseits ihre Arbeiten fort. Sie hat ein neues der Exekutive feindliches Votum abgegeben, mit dem Beschlusse, daß die Präfecturkräfte in Zukunft nicht mehr von der Erhaltungswahl zu ernennen seien. Allein, wie bereits gemeldet, ist es höchst unwahrscheinlich, daß die gegenwärtige Versammlung das Gemeinde-Gesetz noch berathen werde.

Meine jüngste Mittheilung über die tiefe Spaltung zwischen Legitimisten und Orleansen wird von mehreren Seiten vollkommen bestätigt, und die wärmsten Anhänger der Fusion beginnen nun doch einzusehen, daß eine politische Annäherung zwischen den beiden bourbonischen Linien kein so leichtes Ding ist, wie sie es geglaubt haben. Eben so war der Zweifel gerechtfertigt, den ich in Betreff eines Schreibens des Herzogs von Nemours ausgesprochen, in welchem sich derselbe für die Fusion erklärt haben sollte. Der „Pays“ bringt heute darüber folgende Notiz: „Nach Mittheilungen einer hochgestellten Persönlichkeit, die durch Erblichkeit für die Familie Orleans bekannt ist, hat der Herzog von Nemours nichts geschrieben, was als eine direkte, oder indirekte Zustimmung zur Fusion betrachtet werden kann. Er hat in der That nicht einen, sondern mehrere Briefe an seine alten Freunde und Diener in Paris geschrieben. Er hat in diesen Briefen die gemäßigste Sprache in dem Manifest des Grafen v. Chambord gelobt, wie er früher die absolutistischen und retrograden Ideen des Circulaires Barchinien getadelt. Aber dieses Lob bezog sich nur auf die Sprache und die Haltung seines Cousins; es bezog sich aber in keiner Weise auf die Fusion der persönlichen Interessen, oder auf die Allianz der beiden Linien. Die Prinzen, die Herzogin von Orleans und ihre Freunde sind über diesen Punkt vollkommen einig, und thun nichts, was die Voraussetzung rechtfertigen könnte, daß diese Fusion abgeschlossen, oder auch nur von ihnen gewünscht sei. Man hat die Tragweite der Gefühle des Herzogs v. Nemours übertrieben, indem man ihm Dinge untergeschob, die seine Briefe durchaus nicht enthalten.“

Die Bonapartisten sind ihrerseits ebenfalls nicht ohne Ursache, die Dinge gehen nicht so, wie man es gehofft hat. Man findet, daß der Präsident zu eigenmächtig darauf beharrt, ein Kabinet ohne Einfluss und Autorität, das er selbst als transitorisch bezeichnet zu behalten. Die gemäßigten Freunde des Clysée geben man selbst zu, daß das Transitorische über die Mäßen verlängert wird, und es befähigt sich außerdem, daß der Präsident, selbst wenn er ein solches Kabinet aufgibt, nur zu dem abgetretenen zurückkehren wird.

Bemerkenswerth ist, daß sich die Bevölkerung um alle diese Wirren gar nicht kümmert. Niemand wurde in Paris so viel

am 1. März.
Die Billets à 1 Mk. wollen Nicht-
Abonnenten am Balltage in den Stun-
den von 9-6 Uhr in dem Komptoir
der Herren **A. G. L. Müller**, Karls-
straße Nr. 36, geneigtest einholen.
Die Börsen-Ressourcen-Direktion.

So eben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Almanach
dramatischer Bühnenspiele
zur geselligen Unterhaltung für Stadt und Land
von **C. A. Görner**,
Hof-Theater-Director in Neustrelitz.
Erster Jahrgang. 2. heb. 1 Thlr.
Graf, Barth u. Comp., Verlagsbuchhandlung
Breslau.

Oberschlesische Eisenbahn.

Den Bedarf an Schienen und Schienenstäbe für die von uns zu erbauende Pferdebegehungsbahn wird im Wege der Submission anzufaufen.

Die Bedingungen sind in unserem Central-Bureau hier, so wie bei den Babinöser Anlagen in Gleiwitz und Röntschhöhe einzusehen, wofür auch die Muster zur Ansicht liegen. Die Offerten sind bis spätestens den 31. März d. J. bei uns einzureichen, wozu die Preisausschreibung vom 27. Februar 1851.

Königliches Bureau der Oberschlesischen Eisenbahn.

Two decorative lines with a repeating floral pattern.

Die neuen Modelle,
welche ich dieser Tage aus Paris erhalten, sind bereits kopirt und empfehle
Frühjahrs-Mäntel u. Mantillen
aufs Sauberste gefertigt, in ansprechend neuer Weise arrangirt.

Adolf Sachs,
Ohlauer-Straße Nr. 5 u. 6, „zur Hoffnung“

Indem ich meine ergebenste Anzeige wiederhole, daß ich meine **Papier-Sam-
lung und Conto-Bücher-Fabrik** nach der **Niernerzeile Nr. 10**
habe, empfehle ich preiswürdige Schreib-, Brief-, nebst Bücher-Papieren und ma-
sauberste Anfertigung von Handlungs-Büchern für alle Branchen ausserkam.

Einem hochgelehrten Publikum beehren wir uns ergebenst anzuzeigen, daß wir eine große Auswahl von achromatischen Oerngläsern für ein und zwei Augen in allen Größen in den elegantesten Fäçons vorräthig haben. Die Gläser derselben sind nach den Regeln der Optik gewäht, gearbeitet und fein geläutert, und sowohl für kürzliche als schwache Augen besonders eingerichtet und zu äußerst billigen Preisen zu haben. Ferner empfehlen wir besonders für augenkränke Damen und Herren, die sich durch Leichtigkeit und bequemen Sitz an ihren, rothen, kühlen oder kühlen nicht, hindern so wenig die Haartoilette als den Kopfschmerz das Gläs, flüßet dessen Erbschaft, und wo diese fehlt, wird sie vermög der Refraction der dazu gewählten zweifelhafte und allerhöchste Gläser wieder hergestellt. Ferner fehlen wir Vornehmen für Damen und Herren in schönster und neuester Façon sowohl schützende als schwache Augen.

Die Augen angezogen und untersucht haben, je nach den verschiedenen Augengläser zu geben.
Der Aufenthalt dauert nur bis zum 15. d. Mts.
Gebr. Strauß, königl. Hof-Optiker aus Berlin
Das Lager befindet sich in Breslau King 24 eine Etage im Sternschen Hause (Bed.
te), Vis-a-vis dem Rathhause, und ist geöffnet von Morgens 8 bis Abends 6 Uhr.



Lilionesse unter Garantie.

Gegen Sommerprossen, Leberflecken, Finken, Schwinden, zurückgebliebenen Pochen, unreine gelblich gefärbte Haut, empfehlen wir als sicheres Mittel unter schon vor mehreren Jahren nur von uns erprobtem, vielseitig erprobtem Lilionesen-Wasser zu Wasche 1 Mal, wovon die Wirkung binnen Tagen geschieht, widerumfalls das Geld zurück gezahlt wird. (Kleinerer schon mit 20 Sgr., jedoch ohne Garantie). Die Niederlage für Dresden ist einzig und allein bei den Herren **Julius Hofstedt u. Comp.,** Nr. 43. Das ebeno dicitale Wasser von Herren **Zübing u. Comp.,** von auch hier Niederlage ist, ist nur nachgemacht und kann nicht die gehörige Wirkung leisten, woran wir ein gebrütes Publikum aufmerksam machen, falls das Hochwundern Niemand billigen und beim wirksamen

brauch unsere ausgeprochenen Behauptungen bestätigt finden wird.

Rothe u. Comp., Köln und Berlin

Mittheil. Die von den Herren Rothe u. Comp. in Köln und Berlin fabrizirte Elixione, wird dieselbe gegen Sommerprossen, Fieberleiden &c. &c. in Anwendung gezogen worden. Ich bezeuge ich hierdurch gern und der strengsten Wahrheit gemäß, daß die Elixione, nach obigen Gebrauchs-Vorchrift angewendet, ein durchaus schädloses und doch zur Beseitigung obengedachter Hautleiden sehr wirksames Mittel ist und dasselbe mit Recht empfohlen werden verdient.

Dr. Jacob bi, praktischer Arzt, Operateur und Accoucheur.

Eröffnung
des zweiten Herren-Garderobe-Magazins
der vereinigten Schneider-Meister,
Elisabetz- (vormals Tuchhaus-) Straße Nr. 8.

Indem wir ein geehrtes Publikum hienmit ergebenst bitten, diesem neuen Establish-
ment Vertrauen zu schenken, werden wir auf das Eifrigste bemüht sein, den Zeit-
schriften entsprechend, das Nützlichste zu liefern und durch aufmerksame, reelle und
geübte Bedienung dasselbe zu erwerben, wie auch durch Arbeiten im neuesten und
einfachsten Geschmack, jeden uns Bekehrenden, zu befriedigen.

Die Bleich-Anstalt

des Kaufmann Carl Lebl in Hirschberg in Schlesien

1) **billigen** Preisen zu begießen sind.
 Dieichwaaren zur Beförderung an obige Anstalt übernehmen:
 In **Breslau** die Herren **Beyer u. Comp.**, Albrechtsstr. 14.
 In **Wesfel** Herr **A. Croce**.
 In **Stettin** Herren **A. Müller u. Comp.**
 In **Gr.** **Strehlitz** Herr **C. G. R. S.**

Krappitz Herr Moriz Krämer. Mansen Herr F. Paul.
 In Ratibor Herr G. Ring.

Heilsame Erfindung.
 Neu verbessertes Hämmer's
 Maltesen Vorhüttna

Polleutionen-Zeremonie-Instrument,
 deren Verbreitung, da es ohne ein Geringes Unannehmlichkeiten oder nachtheilige Folgen bezu-
 gen bezuhaben, seine Polleution zuläßt, — mir von der königl. hochschätzlichen
 Gnade Erhöht worden ist und über deren zweckmäßige und einfache Einrichtung die
 besten Zeugnisse von der medizinischen Fakultät zu Paris, so wie von mehreren Sanitäts-
 Behörden, vorliegen. — Gegen portofreie Einreichung des Betrages erhält man Instru-
 ment nebst Gebrauchsanweisung vom Unterzeichneten zugesandt.
 1 Instrument in seinem Reißfahne. (A. Phil. Pr. Gr.)

1 " " Meßing mit Suspensorium 3
1 " " Holz, ohne Suspensorium 2
H. J. Frankheim in Bleicherode bei Nordhausen.
Für Runkelrübenzucker-Fabrikanten.
Zuckerpreßtücher werden auf Bestellung in gewünschter Größe und Dichtigkeit geliefert.
Breslau.

der Schollerischen Dammgarn-Spinnerei in ...

